



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Staatsrat
Route des Arsenaux 41, 1700 Freiburg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Freiburg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/sr

PER E-MAIL

Herrn Guy Parmelin
Bundespräsident
Vorsteher des Eidgenössischen Departements
für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Bundeshaus Ost
3003 Bern

E-Mail: gever@blw.admin.ch

Freiburg, den 28. April 2026

2026-338

Vernehmlassungen zum landwirtschaftlichen Verordnungspaket 2026 sowie Verteilung des Zollkontingents Wein - Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Januar 2026 sowie vom 11. März 2026 haben Sie die Vernehmlassungen in titelgenannter Angelegenheit gestartet. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns dazu äussern zu dürfen. Nachfolgend unsere grundsätzlichen Überlegungen. Die Details finden Sie im Formular im Anhang.

Der Kanton Freiburg begrüsst, dass mit dem landwirtschaftlichen Verordnungspaket 2026 verschiedene parlamentarische Vorstösse umgesetzt werden, die zur Vereinfachung der Agrarpolitik beitragen sollen. Die vorgeschlagenen Änderungen gehen grundsätzlich in Richtung einer administrativen Vereinfachung für die Bewirtschaftenden, die Kontrollpersonen und die Vollzugsstellen, ohne dass die ökologische Leistung wesentlich geschwächt wird. Die Erhaltung der ökologischen Leistungen trotz administrativer Vereinfachungen ist zentral für die Akzeptanz der Direktzahlungen in der Gesellschaft. Die Absicht, der Selbstverantwortung der Landwirtinnen und Landwirte (Stichwort gute bäuerliche Praxis) wieder ein stärkeres Gewicht zu geben, wird begrüsst und muss weiterverfolgt werden. Es ist zentral, dass Anpassungen nicht zu einer Verschärfung der Anforderungen an den Landwirtschaftsbetrieben führen und die Stabilität des Direktzahlungssystems gefährden.

Vereinfachungen, Tierwohlverbesserungen sowie Massnahmen, die zu einer Vollzugsentlastung führen, können zeitnah umgesetzt werden, sofern deren Umsetzung technisch und organisatorisch sichergestellt ist. Neue administrative oder digital gestützte Verpflichtungen sollen grundsätzlich erst mit der nächsten Agrarpolitik ab 2030 eingeführt werden und sind hinsichtlich ihrer Vollzugstauglichkeit und dem damit verbundenen administrativen Aufwand für Betriebe, Kontrollorganisationen und kantonale Vollzugsstellen sorgfältig zu prüfen.

Im Bereich der Informationssysteme begrüßen wir die Bestrebungen zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie des Bundes und des Once-Only-Prinzips. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass Transparenz über die Verwendung der Daten, klare Regelungen zu Zugriffsrechten, Zweckbindung und Verantwortlichkeiten sowie eine tragfähige Finanzierung und Unterstützung der kantonalen Vollzugsstellen sichergestellt werden. Daten dürfen grundsätzlich nicht ohne aktive Freigabe durch die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter an Dritte weitergegeben werden.

Für die Bewahrung der Liquidität des “Fonds de Roulement” werden in der Strukturverbesserungsverordnung und der Verordnung über die sozialen Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft verschiedene Massnahmen vorgeschlagen, die vom Kanton Freiburg unterstützt werden. Jedoch ist auf Massnahmen zu verzichten, welche die finanzielle Situation der landwirtschaftlichen Betriebe belasten können. Insbesondere soll in der Verordnung über die Beurteilung der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft zur Berechnung des vergleichbaren Einkommens weiterhin der Median des Arbeitsverdienstes der Landwirtschaft verwendet werden.

Wir begrüßen die Vernehmlassung zur Änderung der Weinverordnung, die es ermöglicht, die Anteile am Zollkontingent für die Einfuhr von Wein entsprechend der inländischen Produktion zuzuteilen. Wir wünschen uns, dass auch Winzer, die ihre eigene Ernte selbst keltern, von Kontingentsanteilen profitieren können. Wir erwarten, dass die gesetzlichen Änderungen, die eine Einbeziehung dieses wichtigen Bereichs der Weinproduktion ermöglichen, vom BLW geprüft werden und dass die notwendigen gesetzlichen Anpassungen so rasch wie möglich vorgenommen werden. Sollte dies nicht möglich sein, sollte auf diese Massnahme verzichtet werden.

Aus unserer Sicht werden die finanziellen Auswirkungen auf die Kantone im erläuternden Bericht unterschätzt. Nicht nur die Neuprogrammierung von Massnahmen, sondern auch deren Aufhebung ist mit Kosten für die Anpassungen der Informatiksysteme (Stichwort Archivierung) verbunden. Es muss in Zukunft unbedingt darauf geachtet werden, dass die Agrarpolitik schlanker und einfacher wird, damit die Kosten für die Umsetzung über die Agrarinformationssysteme in einem vernünftigen Rahmen bleiben. Damit sinken auch die Kosten für die Information der involvierten Personen wie Beratungen, Schulungen und Ausbildungen der Kontrollorganisationen.

Abschliessend sind wir der Ansicht, dass das landwirtschaftliche Verordnungspaket 2026 einen nützlichen Schritt zur administrativen Vereinfachung der Agrarpolitik darstellt. Seine wirtschaftlichen Auswirkungen werden jedoch begrenzt bleiben, solange es nicht in einen umfassenderen Reflexionsprozess über den strukturellen Wandel des Sektors eingebettet ist. Im Hinblick auf die kommende Reform der Agrarpolitik wird es entscheidend sein, optimale Rahmenbedingungen zu setzen, um sowohl die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe als auch deren ökologische und soziale Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen des Staatsrats:

Philippe Demierre, Präsident



Danielle Gagnaux-Morel, Staatskanzlerin

Das Original dieses Dokuments wird in elektronischer Form ausgestellt

Anhang

—

Formular - Vernehmlassung zum landwirtschaftlichen Verordnungspaket 2026

Kopie

—

an die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft, für sich und Grangeneuve, das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen sowie das Amt für Wald und Natur;

an die Direktion für Raumentwicklung, Infrastruktur, Mobilität und Umwelt;

an die Volkswirtschafts- und Berufsbildungsdirektion;

an die Staatskanzlei.

Vernehmlassung zum landwirtschaftlichen Verordnungspaket 2026

Procédure de consultation sur le train d'ordonnances agricoles 2026

Procedura di consultazione sul pacchetto di ordinanze agricole 2026

Organisation / Organizzazione	Etat de Fribourg, Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts, Urs Zaugg
Adresse / Indirizzo	Route des Arsenaux 41 1700 Freiburg
Datum / Date / Data	22.4.2026

Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und kein Bild einzufügen. Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme als **Word-Dokument** elektronisch an gever@blw.admin.ch. Vielen Dank!

Nous vous prions de ne pas modifier le formatage de ce formulaire et de ne pas y insérer d'images. Merci d'envoyer votre prise de position **en format Word** par courrier électronique à gever@blw.admin.ch. Merci beaucoup !

Si prega di non modificare la formattazione del modulo e di non inserire immagini. Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri sotto forma di **documento Word** all'indirizzo di posta elettronica gever@blw.admin.ch. Grazie!

Inhalt / Contenu / Indice

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali.....	3
BR 01 Direktzahlungsverordnung / Ordonnance sur les paiements directs / Ordinanza sui pagamenti diretti (910.13).....	5
BR 02 Strukturverbesserungsverordnung / Ordonnance sur les améliorations structurelles / Ordinanza sui miglioramenti strutturali (913.1).....	16
BR 03 Verordnung über die sozialen Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft / Ordonnance sur les mesures d'accompagnement social dans l'agriculture / Ordinanza concernente le misure sociali collaterali nell'agricoltura (914.11)	19
BR 04 Verordnung über die Beurteilung der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft / Ordonnance sur l'évaluation de la durabilité de l'agriculture / Ordinanza concernente l'analisi della sostenibilità in agricoltura (918.118)	21
BR 05 Landwirtschaftliche Begriffsverordnung / Ordonnance sur la terminologie agricole / Ordinanza sulla terminologia agricola (916.91).....	22
BR 06 Verordnung über die Beiträge zur Verbilligung der Prämien von Ernteversicherungen / Ordonnance sur les contributions à la réduction des primes des assurances récoltes / Ordinanza concernente i contributi per la riduzione dei premi delle assicurazioni per il raccolto (SR 918.1).....	24
BR 07 Verordnung über die Ein- und Ausfuhr von Gemüse, Obst und Gartenbauerzeugnissen / Ordonnance sur l'importation et l'exportation de légumes, de fruits et de plantes horticoles / Ordinanza concernente l'importazione e l'esportazione di verdura, frutta e prodotti della floricoltura (916.121.10).....	25
BR 08 Weinverordnung / Ordonnance sur le vin / Ordinanza sul vino (916.140)	26
BR 09 Bio-Verordnung / Ordonnance sur l'agriculture biologique / Ordinanza sull'agricoltura biologica (910.18)	28
BR 10 Verordnung über Gebühren des Bundesamtes für Landwirtschaft / Ordonnance relative aux émoluments perçus par l'Office fédéral de l'agriculture / Ordinanza concernente le tasse dell'Ufficio federale dell'agricoltura (910.11)	29
BR 11 Verordnung über Informationssysteme im Bereich der Landwirtschaft / Ordonnance sur les systèmes d'information dans le domaine de l'agriculture / Ordinanza sui sistemi d'informazione nel campo dell'agricoltura (919.117.71).....	30
WBF 01 Verordnung des WBF über Vermehrungsmaterial von Ackerpflanzen-, Futterpflanzen- und Gemüsearten / Ordonnance du DEFR sur le matériel de multiplication des espèces de grandes cultures, de cultures fourragères et de cultures maraîchères / Ordinanza del DEFR concernente il materiale di moltiplicazione di specie campicole, foraggere e orticole (916.151.1).....	35
WBF 02 Verordnung des WBF über die biologische Landwirtschaft / Ordonnance du DEFR sur l'agriculture biologique / Ordinanza del DEFR sull'agricoltura biologica (910.181).....	36
BLW 01 VEAGOG-Freigabeverordnung / Ordonnance sur l'autorisation des importations relative à l'OIELFP / Ordinanza sulla liberazione secondo l'OIEVFF (916.121.100)	37

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Der Kanton Freiburg begrüsst, dass mit dem landwirtschaftlichen Verordnungspaket 2026 verschiedene parlamentarische Vorstösse umgesetzt werden, die zur Vereinfachung der Agrarpolitik beitragen sollen. Die vorgeschlagenen Änderungen gehen grundsätzlich in Richtung einer administrativen Vereinfachung für die Bewirtschaftenden, die Kontrollpersonen und die Vollzugsstellen, ohne dass die ökologische Leistung wesentlich geschwächt wird. Die Erhaltung der ökologischen Leistungen trotz administrativer Vereinfachungen ist zentral für die Akzeptanz der Direktzahlungen in der Gesellschaft. Die Absicht, der Selbstverantwortung der Landwirtinnen und Landwirte (Stichwort gute bäuerliche Praxis) wieder ein stärkeres Gewicht zu geben, wird begrüsst und muss weiterverfolgt werden. Es ist zentral, dass Anpassungen nicht zu einer Verschärfung der Anforderungen an den Landwirtschaftsbetrieben führen und die Stabilität des Direktzahlungssystems gefährden.

Vereinfachungen, Tierwohlverbesserungen sowie Massnahmen, die zu einer Vollzugsentlastung führen, können zeitnah umgesetzt werden, sofern deren Umsetzung technisch und organisatorisch sichergestellt ist. Neue administrative oder digital gestützte Verpflichtungen sollen grundsätzlich erst mit der nächsten Agrarpolitik ab 2030 eingeführt werden und sind hinsichtlich ihrer Vollzugstauglichkeit und dem damit verbundenen administrativen Aufwand für Betriebe, Kontrollorganisationen und kantonale Vollzugsstellen sorgfältig zu prüfen.

Im Bereich der Informationssysteme begrüssen wir die Bestrebungen zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie des Bundes und des Once-Only-Prinzips. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass Transparenz über die Verwendung der Daten, klare Regelungen zu Zugriffsrechten, Zweckbindung und Verantwortlichkeiten sowie eine tragfähige Finanzierung und Unterstützung der kantonalen Vollzugsstellen sichergestellt werden. Daten dürfen grundsätzlich nicht ohne aktive Freigabe durch die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter an Dritte weitergegeben werden.

Für die Bewahrung der Liquidität des "Fonds de Roulement" werden in der Strukturverbesserungsverordnung und der Verordnung über die sozialen Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft verschiedene Massnahmen vorgeschlagen, die vom Kanton Freiburg unterstützt werden. Jedoch ist auf Massnahmen zu verzichten, welche die finanzielle Situation der landwirtschaftlichen Betriebe belasten können. Insbesondere soll in der Verordnung über die Beurteilung der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft zur Berechnung des vergleichbaren Einkommens weiterhin der Median des Arbeitsverdienstes der Landwirtschaft verwendet werden.

Wir begrüssen die Vernehmlassung zur Änderung der Weinverordnung, die es ermöglicht, die Anteile am Zollkontingent für die Einfuhr von Wein entsprechend der inländischen Produktion zuzuteilen. Wir wünschen uns, dass auch Winzer, die ihre eigene Ernte selbst keltern, von Kontingentsanteilen profitieren können. Wir erwarten, dass die gesetzlichen Änderungen, die eine Einbeziehung dieses wichtigen Bereichs der Weinproduktion ermöglichen, vom BLW geprüft werden und dass die notwendigen gesetzlichen Anpassungen so rasch wie möglich vorgenommen werden. Sollte dies nicht möglich sein, sollte auf diese Massnahme verzichtet werden.

Aus unserer Sicht werden die finanziellen Auswirkungen auf die Kantone im erläuternden Bericht unterschätzt. Nicht nur die Neuprogrammierung von Massnahmen, sondern auch deren Aufhebung ist mit Kosten für die Anpassungen der Informatiksysteme (Stichwort Archivierung) verbunden. Es muss in Zukunft unbedingt darauf geachtet werden, dass die Agrarpolitik schlanker und einfacher wird, damit die Kosten für die Umsetzung über die Agrarinformationssysteme in einem vernünftigen Rahmen bleiben. Damit sinken auch die Kosten für die Information der involvierten Personen wie Beratungen, Schulungen und Ausbildungen der Kontrollorganisationen.

Abschliessend sind wir der Ansicht, dass das landwirtschaftliche Verordnungspaket 2026 einen nützlichen Schritt zur administrativen Vereinfachung der Agrarpolitik darstellt. Seine wirtschaftlichen Auswirkungen werden jedoch begrenzt bleiben, solange es nicht in einen umfassenderen Reflexionsprozess über den strukturellen Wandel des Sektors eingebettet ist. Im Hinblick auf die kommende Reform der Agrarpolitik wird es entscheidend sein, optimale Rahmenbedingungen zu setzen, um sowohl die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe als auch deren ökologische und soziale Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

BR 01 Direktzahlungsverordnung / Ordonnance sur les paiements directs / Ordinanza sui pagamenti diretti (910.13)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Die vorgeschlagenen Änderungen gehen zum grössten Teil in die Richtung einer administrativen Vereinfachung für die Bewirtschaftenden, die Kontrollpersonen und die Vollzugsstellen, ohne dass die ökologische Leistung wesentlich geschwächt wird. Die Tendenz, der Selbstverantwortung der Landwirtinnen und Landwirte (gute bäuerliche Praxis) wieder ein stärkeres Gewicht zu geben, wird begrüsst und muss weiter vorangetrieben werden. Die Direktzahlungsverordnung ist nach wie vor zu komplex und schwer kommunizierbar gegenüber den LandwirtInnen.

Die Aufhebung der Pflicht für Bodenproben, der Zusammenschluss zu Brachen und Säumen, der Verzicht auf mehrjährige Verpflichtungsdauern und die Aufhebung der 60%-Limite für bodenschonenden Anbau sind gute Beispiele, wie eine Vereinfachung erzielt werden kann. Bodenfruchtbarkeit, Humusaufbau und bedarfsgerechte Düngung bleiben entscheidend für eine nachhaltige Nutzung - auch ohne Pflicht. Auch hier verweisen wir auf die Stärkung der guten bäuerlichen Praxis. Der Verzicht auf Programme, welche in der Praxis wenig Anklang finden, ist ebenso zu begrüssen. Eine gezielte Flexibilisierung in Produktionssystemprogrammen kann sinnvoll sein und die Teilnahme erhöhen. Sie ist insbesondere dann gerechtfertigt, wenn das ökologische Leistungsniveau gesichert bleibt und eine positive Gesamtwirkung nachweislich eintritt. Im Gegenzug können Branchenvereinbarungen einen pragmatischen Beitrag leisten, sofern sie wirksam und verbindlich ausgestaltet sind.

Möglichkeiten, im Berggebiet in den Monaten Mai und Oktober die RAUS-Anforderungen via den Laufhof erbringen zu können, sowie neu auch Brachen ansäen zu können, tragen den dortigen klimatischen Bedingungen Rechnung.

Die Anpassungen im Anhang 8 mit der Möglichkeit, dass gewisse Feststellungen nicht gleichbedeutend mit Kürzungen sind, werden unterstützt. Weitere Überlegungen in diese Richtung sind zu unternehmen.

Die finanziellen Auswirkungen auf die Kantone werden im erläuternden Bericht unterschätzt. Jede Anpassung der Verordnung bedingt eine Anpassung der Informatiksysteme. Auch der Rückbau von Programmen, Kontrollpunkten und Anforderungen ist kostspielig (Stichwort Archivierung). Es muss in Zukunft unbedingt darauf geachtet werden, keine Neuerungen in die Verordnungen aufzunehmen, welche wenig später wieder geändert oder aufgegeben werden, damit die Kosten für die Umsetzung über die Agrarinformationssysteme in einem vernünftigen Rahmen bleiben. Damit würden auch die Kosten für die Information der involvierten Personen wie Beratungen, Schulungen und Ausbildungen der Kontrollorganisationen sinken.

Les modifications proposées de l'ordonnance sur les paiements directs concernent principalement des instruments de politique agricole et environnementale. Les impacts directs sur les domaines de la santé et du bien-être animaux restent limités. Dans l'ensemble, les adaptations proposées sont compréhensibles dans leur objectif de simplification. Du point de vue vétérinaire, il est toutefois important de veiller à préserver le niveau de protection des animaux. Les contributions liées au bien-être animal, en particulier les programmes relatifs aux systèmes de stabulation particulièrement respectueux des animaux (SST), aux sorties régulières en plein air (SRPA) et à la mise au pâturage, constituent des instruments essentiels pour encourager l'amélioration des conditions de détention. Il convient de veiller à ce que les adaptations proposées, notamment les possibilités de reconnaissance de solutions techniques équivalentes ou certaines flexibilisations des exigences, ne conduisent pas à un affaiblissement du niveau de protection des animaux.

Les dispositions relatives à la protection des troupeaux méritent également une attention particulière. L'utilisation de chiens de protection de troupeaux dans les stratégies de protection doit garantir des conditions de détention conformes à la législation sur la protection des animaux et tenir compte des enjeux de sécurité publique liés à la présence de ces chiens dans les zones d'estivage.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)		Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
<i>Artikel 6 Absatz 2</i>	Wird unterstützt	Veraltete Methode erneuert.	
<i>Artikel 13 Absatz 2ter</i>	Wird unterstützt. Il faut préciser que l'adaptation de la ration alimentaire doit garantir une couverture adéquate des besoins physiologiques des animaux et ne doit pas compromettre leur santé ni leur bien-être	Wir begrüßen, dass die N-angepasste Fütterung nun Teil des ÖLN wird. Die Futtermenge in der Schweinehaltung soll an den Bedarf der Tiere angepasst werden, was auch aus finanziellen Überlegungen der Fall sein sollte. Eine Ausnahme für Betriebe bis 15 GVE Schweine macht Sinn. Wie Agroscope bestätigt, erhöht eine optimierte Phasenfütterung die Nährstoffeffizienz und leistet «einen klaren Beitrag zum Absenken der Nährstoffverluste» und zwar für Phosphor und Stickstoff (Eine bedarfsgerechte Fütterung von Schweinen reduziert Nährstoffverluste). Die Anpassung, dass nicht mehr zwingend 2 Futter eingesetzt, sondern Durchmastfutter verwendet werden kann, ist jedoch pragmatisch. La disposition prévoit que la ration alimentaire dans la production porcine doit présenter une valeur nutritive adaptée aux besoins des animaux. Cette exigence vise principalement à réduire les pertes d'éléments fertilisants. Du point de vue de la protection des animaux, il convient de veiller à ce que la mise en œuvre de cette disposition ne conduise pas à une réduction excessive de la teneur en protéines dans l'alimentation.	
<i>Artikel 13 Absatz 3</i>	Aufhebung wird unterstützt	Administrative Vereinfachung	
Art. 14 Abs. 4			
<i>Artikel 17 Absatz 1</i>	Wird unterstützt	Entflechtung der Erosion von den Direktzahlungen.	
<i>Artikel 18 Absatz 7 Buchstabe c</i>	Wird unterstützt	Die Klärung mit Buchstabe c ist begrüßt.	
<i>Artikel 47b Absatz 3</i>	Anpassung bei einzelbetrieblichen Herdenschutzmassnahmen wird unterstützt.	Bringt Rechtssicherheit und Flexibilität.	

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)		Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
<i>Buchstabe a und Absatz 4</i>	Préciser que l'utilisation de chiens de protection de troupeaux dans les stratégies de protection doit garantir des conditions de détention et d'utilisation conformes aux exigences de la législation sur la protection des animaux et tenir compte des enjeux de sécurité publique liés à leur présence dans les zones d'estivage.	Les stratégies de protection des troupeaux peuvent inclure l'utilisation de chiens de protection. Ces animaux jouent un rôle important dans la prévention des attaques de grands prédateurs. Du point de vue de la politique publique vétérinaire, il est toutefois essentiel que leur utilisation garantisse des conditions de détention compatibles avec les exigences de la législation sur la protection des animaux, notamment en ce qui concerne leur bien-être et leurs conditions de travail. Par ailleurs, la présence de chiens de protection dans les zones d'estivage peut entraîner des interactions avec des randonneurs, cyclistes ou autres détenteurs de chiens. Dans ce contexte, il est important que les stratégies de protection tiennent également compte des enjeux de sécurité publique.	
<i>Artikel 55 Absatz 1 Buchstaben h, i und k</i>	Zusammenlegung und Vereinheitlichung der Anforderungen wird begrüsst. Es muss geregelt sein, welche Voraussetzungen für bereits angelegte Elemente gelten.	Administrative Vereinfachung.	
Art. 55 Abs. 3	Diese Änderung wird begrüsst.	Auch in der Bergzone I und II können Brachen und Säume wertvoll sein.	
<i>Artikel 55 Absatz 6</i>	Wird unterstützt	Für die Einführung des Gewässerraums sind solche Vereinfachungen zwingend Die Ausnahme sollte nicht nur für Uferwiesen gelten, aber die Möglichkeit in der Gewässerraum zu wenden sollte auf allen extensiven Flächen innerhalb des Gewässerraum gegeben werden	
<i>Artikel 56 Absatz 1</i>	Wird unterstützt	Vereinheitlichung der minimalen Vertragsdauer	
Art. 57 Abs. 1a	¹ Der Bewirtschafter oder die Bewirtschafterin ist verpflichtet, die Biodiversitätsförderflächen nach Artikel 55 Absatz 1 während folgender Dauer entsprechend zu bewirtschaften: a. Brachen und Säume: während	Die Verpflichtungsdauer von Brachen und Säumen muss mindestens auf zwei Jahre festgelegt werden, mit Umbruch frühestens am 15. Februar des dem Beitragsjahr folgenden Jahres. Ein Jahr ist zu kurz, um ein Qualitätselement zu erhalten. Dazu kommt noch, dass bestimmte Tierarten, die solche Elemente benötigen, ihre Entwicklung nicht innerhalb von	

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
	mindestens zwei Jahren eines Jahres ;	12 Monaten abschließen können.
<i>Artikel 58 Absatz 4 Buchstaben abis so- wie 4bis</i>	Wird unterstützt. Mittels Anpassung der Weisung zu Artikel 32 Absatz 2 muss die Möglichkeit auf artenreichen Grün- und Streueflächen im Sömmerungsgebiet ausgeweitet werden.	Die Möglichkeit des Einsatzes von Geräten zur detektionsbasierten Applikation von Herbiziden wird begrüsst.
Art. 58 Abs. 4 Buch- stabe a	4 Auf Biodiversitätsförderflächen dürfen keine Pflanzenschutzmittel ausgebracht werden. Erlaubt sind folgende Anwendungen: a. Einzelstock- oder Nesterbehandlungen von Problempflanzen, sofern diese nicht mit einem angemessenen Aufwand mechanisch bekämpft werden können , mit Ausnahme von Streueflächen und Flächen, auf denen die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln nicht zulässig ist;	Darf <u>nicht</u> gestrichen werden, sonst wird mehr oder weniger automatisch auf die mechanische Bekämpfung verzichtet. Einzelstock- und Nesterbehandlung sollen, wenn immer möglich mechanisch bekämpft werden. Die vorgesehene Neuerung sieht dies nicht mehr vor, d. h. dass PSM eingesetzt werden können, ohne dass vorher das Potenzial von mechanischen Bekämpfungsmethoden ausgeschöpft werden muss. Dies widerspricht dem Aktionsplan PSM des Bundesrates, mit welchem das Risiko reduziert werden soll. Vorbeugende oder mechanische Massnahmen werden unbedeutend.
	Abs 4, Bst. a ^{bis} : Diese Bestimmung sollte nicht eingeführt werden. Abs. 4 ^{bis} : Diese Bestimmung sollte nicht eingeführt werden.	Wir erkennen die Vorteile der detektionsbasierten Applikation von Herbiziden, aber deren Anwendung in BFF erscheint uns aktuell verfrüht, da die Technologie noch nicht ausgereift ist.
<i>Artikel 68 Absatz 4 Buchstabe f</i>	Wird unterstützt	Die Anpassung wird begrüsst. Der Einsatz von Kupfer in Zuckerrüben dient dem Schutz vor Resistenzdurchbrüchen und dem Erhalt von Zuckerrübensorten mit einer züchterischen Robustheit gegen gefährliche Blattkrankheiten. Er stellt eine wichtige phytosanitäre Massnahme. Man muss sich jedoch bewusst sein, dass mit dem Begriff "kupferhaltige Fungizide" nicht bloss Kupfer zum Einsatz kommen wird, sondern "normale" Fungizide, die Kupfer enthalten. Allenfalls wäre eine zulässige Höchstmenge in Anbetracht

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
	der Bodenbelastung mit Kupfer festzulegen.	
Artikel 70 Absatz 4	Wird unterstützt	Administrative Vereinfachung
Artikel 71	Aufhebung wird unterstützt	Administrative Vereinfachung
Artikel 71a Absatz 3 Buchstabe a und b	<p>³ Auf der ganzen Fläche muss wie folgt auf den Einsatz von Herbiziden verzichtet werden:</p> <p>a. bei Hauptkulturen nach Absatz 1 Buchstaben a und c:</p> <p>1. pro Hauptkultur auf dem Betrieb Parzelle gesamthaft, und</p>	<p>Eine Umsetzung auf Stufe Kultur ist fachlich in den wenigsten Fällen zielführend oder hat gar unerwünschte Nebenwirkungen.</p> <p>In Parzellen mit Hangneigung wird durch eine mechanische Unkrautregulierung das Erosionsrisiko erhöht. Eine Parzelle mit Hangneigung führt folglich dazu, dass der Betrieb entweder gar nicht mitmacht oder aber die Erosion fördert.</p> <p>Je nach Sorte, Abnehmer und Vermarktungsmöglichkeit werden auf einem Ackerbaubetrieb nicht alle Parzellen einer Kultur einheitlich bewirtschaftet. Wenn den Betrieben die nötige Flexibilität in der Unkrautregulierung verwehrt wird, nehmen sie unter Umständen gar nicht am Programm teil.</p> <p>Eine Herbizidanwendung in Parzellen mit problematischem Unkrautbesatz muss ohne Ausschluss der übrigen Parzellen am Programm möglich sein. Sonst werden aus Gründen der Beitragsoptimierung Unkrautprobleme geschaffen, die später mit übermäßigem Aufwand wieder bereinigt</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
	<p>b. bei Spezialkulturen nach Absatz 1 Buchstabe b während mindestens eines Jahres.</p>	<p>werden müssen und den Einspareffekt wieder zunichtemachen.</p> <p>Wird unterstützt, administrative Vereinfachung</p>
<p><i>Artikel 71b Absatz 2, 2bis, 4, 5quarter, 6, 8 und 12 Buchstabe a</i></p>	<p>Wird unterstützt</p>	<p>Administrative Vereinfachung</p>
<p><i>Artikel 71c Absatz 1 und 2</i></p>	<p>Wird unterstützt</p>	<p>Administrative Vereinfachung</p>
<p><i>Artikel 71d Absatz 2 Buchstabe c</i></p>	<p>Aufhebung der 60%-Limite wird unterstützt</p> <p>Hinweis: In den Weisungen ist die Über- saat von Kunstwiesen zu entfernen.</p>	<p>Die schonende Bodenbearbeitung leistet einen wichtigen Beitrag für den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit. Die Aufhebung der 60% ist jedoch eine administrative Vereinfachung und führt zu einem einfacheren Vollzug.</p> <p>Mit dieser Anpassung kann im System garantiert werden, dass nur neu angesäte Kunstwiesen angemeldet werden. Die Regelung der Beitragsberechtigung für Über- saaten ist nicht vollzugstauglich.</p>
<p><i>Artikel 72 Absatz 5</i></p>	<p>Aufhebung wird unterstützt</p>	<p>Administrative Vereinfachung. Gleichbehandlung BTS- Raus- und Weidebeitrag.</p>
<p><i>Artikel 74 Absatz 1 Einleitungssatz und Buchstabe c</i></p>	<p>Wird unterstützt</p>	<p>Administrative Vereinfachung</p>
<p><i>Artikel 76</i></p>	<p>Aufhebung wird unterstützt</p>	<p>Administrative Vereinfachung</p>
<p><i>Artikel 115 h und j</i></p>	<p>Wird unterstützt</p> <p>Antrag: 2029 hinzufügen</p>	<p>Umsetzung kann erst erfolgen, wenn das Tool auf Bundesebene getestet und eingeführt ist.</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
<i>Anhang 1 Ziffer 6.1a.4 Einleitungsteil</i>	<p>....Ausgenommen sind Einzelstockbehandlungen, die Anwendung in geschlossenen Gewächshäusern, die Anwendung von chemischen Stoffen nach Anhang 1 Teil A PSMV mit der Wirkungsart «Stoff mit geringem Risiko» und die Anwendung mit Drohnen im Rebbau. Folgende Punktzahl gemäss den Weisungen muss erreicht werden:</p>	<p>Es sind keine technischen Lösungen zur Reduktion der Abdrift für die Drohnen verfügbar. Deshalb wird die Klärung begrüsst.</p> <p>Die Einschränkung "im Rebbau" ist zu streichen. Zwar sind momentan Drohnen mehrheitlich im Rebbau unterwegs, aber das könnte sich bereits in naher Zukunft ändern. Es gibt keinen Grund, hier andere Pflanzenbaubereiche auszuschliessen</p>
<i>Anhang 1 Ziffer 6.2.2</i>	<p>Wird unterstützt</p>	<p>Da sich die Herbizidpalette in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt hat, sind die Einschränkungen bezüglich Voraufaufeinsätzen auch beim Mais nicht mehr gerechtfertigt. Mit Voraufaufbehandlungen können zudem neue Kulturkombinationen (z.B. Mais-Bohnen) ausprobiert und Erdmandelgras besser bekämpft werden, ohne dass mit Sonderbewilligungen administrativer Aufwand betrieben werden muss.</p> <p>Der Wegfall der 20 %-Regelung auf Dauergrünland ist eine kleine administrative Entlastung und wird ebenfalls befürwortet.</p>
<i>Anhang 1 Ziffer 6.2.3</i>	<p>Nach Erreichen der Schadschwelle nach Artikel 18 Absatz 2 dürfen zugelassene Insektizide eingesetzt werden, sofern sie keine Wirkstoffe nach Ziffer 6.1.1 enthalten.</p>	<p>Wir begrüssen es, dass mit Ausnahme der Wirkstoffe nach Ziffer 6.1.1. auch im Ackerbau zugelassenen Insektizide ohne Sonderbewilligung eingesetzt werden können. Das gibt den Landwirten mehr Eigenverantwortung und ist eine administrative Entlastung aller Beteiligten. Es ist jedoch</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		<p>damit zu rechnen, dass es in einigen Bereichen, z.B. Getreidehähnchen, zu einem vermehrten Einsatz von Insektiziden kommen wird.</p> <p>Mit der gewählten Formulierung wird ein grosser Teil der Fälle im Ackerbau abgedeckt. Jedoch nicht alle. So müsste man nach wie vor eine Sonderbewilligung ausstellen, wenn jemand z.B. in Zuckerrüben Dipel DF gegen Rübenmotten einsetzen möchte. Das ist nicht im Sinne der Sache. Auch ist zu erwarten, dass es in Zukunft mehr nicht-chemische Insektizide mit Zulassung und neue Schädlinge geben wird. Dieser Entwicklung wird die Tabelle nicht gerecht. Darum erwarten wir eine offenere Formulierung.</p>
<i>Anhang 6 Buchstabe A Ziffer 2.2</i>	Antrag: Der Buchstabe c ist zu streichen.	Im Punkt 1.3 ist vermerkt, dass nur mit zweckmässigen Materialien eingestreut werden darf. Eine Beschränkung auf Häckselstroh für verformbare Liegematten ist agronomisch unsinnig und erschwert den Vollzug unnötig.
<i>Anhang 6 Buchstabe B Ziffer 2.1</i>	Wird unterstützt	Die pragmatische Handhabung bringt eine administrative Vereinfachung
<i>Anhang 8 Ziffer 2.3.1</i>	Die Lockerung wird begrüsst.	Ähnliche Vorgehen bei anderen Mängeln sind ebenfalls zu prüfen.
Anhang 1 Ziff. 9.6	Die Änderung ist nicht einzuführen.	Mit der vorgesehenen Änderung – Reduk-

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		<p>tion des Gewässerabstandes bei der Anwendung von Fungiziden im Rebbau - wird der ÖLN geschwächt und eine potenzielle Umweltgefährdung in Kauf genommen. Zudem wird eine administrativ kompliziertere Regelung eingeführt. Heute gilt im ÖLN für alle PSM-Anwendungen ein Pufferstreifen von 6m zu Oberflächengewässern, was einer klar nachvollziehbaren und administrativ einfach zu handhabenden Regelung entspricht. Mit der neuen Regelung würde für eine Kultur eine Ausnahme eingeführt, was administrativ mehr Aufwand ergibt.</p> <p>Im Weiteren würde die vorgesehene Änderung der Gewässerschutzverordnung widersprechen. Demnach sind gemäss Art. 41c Abs. 3 der Gewässerschutzverordnung (GSchV) Dünger und Pflanzenschutzmittel im Gewässerraum verboten. Der Gewässerraum beträgt gemäss Art. 41a Abs. 1 lit. a GSchV mindestens 5m pro Gewässerseite, womit die vorgesehene Bestimmung (Fungizide entlang von oberirdischen Gewässern ab dem vierten Meter) als Widerspruch zu bezeichnen ist. Die vorgesehene Be</p>
Kapitel 1.5.4 Reduktionsziel für Stickstoff- und Phosphorverluste		Wir möchten darauf hinweisen, dass die Reduktionsziele gemäss Art. 10a der Nachhaltigkeitsverordnung für Stickstoff-

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		und Phosphorverluste 15 resp. 20 % betragen und nicht 10 bzw. 15 %.
Anhang 4 Ziff. 8-11		
Annexe 8 (réductions des paiements directs)	<p>Préciser que l'absence de réduction lors du premier constat de manquement dans le domaine des constructions est conditionnée à une mise en conformité dans le délai fixé par l'autorité compétente.</p> <p>La condition selon laquelle, en cas de première infraction aux prescriptions de construction en matière de protection des animaux, les contributions ne sont réduites que si le défaut est classé comme grave selon la législation sur la protection des animaux, devrait également être étendue à d'autres manquements importants.</p>	<p>L'introduction du principe selon lequel aucune réduction n'est appliquée lors du premier manquement vise à renforcer la proportionnalité. Toutefois, afin d'éviter que cette disposition n'affaiblisse l'effet incitatif des paiements directs en matière de protection des animaux, il serait opportun de préciser que cette absence de réduction est conditionnée à une mise en conformité dans le délai imparti.</p> <p>Un détenteur d'animaux peut autrement, sachant qu'en cas de défauts structurels majeurs il n'y a pas de réduction des paiements directs, repousser les adaptations structurelles jusqu'à ce qu'il ait à nouveau le prochain contrôle PrP. Le défaut majeur peut ainsi être accepté délibérément pendant plusieurs années. En particulier si, à l'avenir, l'intervalle entre les contrôles doit encore être prolongé ou si davantage de contrôles administratifs doivent être effectués.</p>

BR 02 Strukturverbesserungsverordnung / Ordonnance sur les améliorations structurelles / Ordinanza sui miglioramenti strutturali (913.1)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Die vorgesehenen Massnahmen, insbesondere die Aufteilung zwischen den Kantonen, werden aufgrund der angespannten Liquidität im Fonds-de-Roulement begrüsst und ermöglichen kurzfristig eine bessere Verteilung der Bundesmittel resp. die Verbesserung der Liquidität im Fonds-de-Roulement auf Stufe Kanton. Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass trotz dieser Massnahmen die Probleme mit der Liquidität des Fonds-de-Roulement nicht gelöst sind. Die sinnvollste und unmittelbar wirksamste Massnahme besteht in der Erhöhung des Fonds-de-Roulement. Nur damit können die kurzfristigen und längerfristigen Liquiditätsherausforderungen entsprechend den Bedürfnissen der Bauernfamilien bewältigt werden. Wir beantragen deshalb, Anstrengungen zur möglichst zeitnahen Erhöhung des Fonds-de-Roulement zu treffen. Dazu fordern wir, dass das BLW, vor der Einführung neuer Finanzhilfen oder Erhöhung der Sätze oder Obergrenzen die Auswirkungen auf die Liquidität des Fonds überprüft.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 13 Rückzahlungsfristen für Investitionskredite Abs. 1	¹ Investitionskredite sind spätestens 20 Jahre, der Investitionskredit für die Starthilfe spätestens 14 Jahre nach der Schlusszahlung zurückzuzahlen. Die Frist beginnt nach der ersten Teilzahlung.	Diese Massnahme führt zu einer erhöhten finanziellen Belastung der Bauernfamilien und erschwert die Finanzierung von Projekten. Es ist deshalb nötig, dass Aufschübe resp. eine gewisse Flexibilität bei der Rückzahlung innerhalb der maximalen Fristen ermöglicht werden, damit sinnvolle Projekte umgesetzt werden können. Aufgrund der aktuellen Liquiditätslage ist die Anpassung jedoch im Rahmen der Kreditbewirtschaftung sinnvoll.
Art. 31 Persönliche Voraussetzungen Abs. 2 ^{bis} und 4	^{2bis} (neu) Gesuchsteller oder Gesuchstellerinnen, die verheiratet sind oder in einer eingetragenen Partnerschaft leben, müssen gemeinsam mit ihren Partnern beziehungsweise Partnerinnen bestätigen, dass sie sich der Risiken und der finanziellen Folgen der Investition bewusst sind und dass sie sich angemessen gegen die Folgen von Tod, Invalidität und Scheidung oder Auflösung der eingetragenen Partnerschaft abgesichert haben.	Diese Bestimmung ist eine Folge der Umsetzung der Motion 19.3445 «Angemessene Entschädigung von Ehegattinnen und Ehegatten und eingetragenen Partnerinnen und Partnern von Landwirtinnen und Landwirten im Scheidungsfall». Es ist eine pragmatische Umsetzung vorzusehen und der damit verbundene administrative Aufwand ist auf ein Minimum zu beschränken. Die Kontrollen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen müssen einfach und vollzugstauglich ausgestaltet werden. Gemäss erläuterndem Bericht obliegt den Vollzug dieser Bestimmung den Kantonen. Es ist jedoch wünschenswert, dass

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
	<p>⁴ Betrifft nur den französischen Text</p>	<p>das BLW eine Vollzugshilfe bereitstellt, um die Umsetzung zu erleichtern und eine einheitliche Anwendung auf nationaler Ebene zu gewährleisten.</p>
<p>Art. 52, Abs. 2</p>		<p>Wird unterstützt</p>
<p>Art. 71 Verwaltung des Fonds de Roulement</p> <p>Sachübergreifend sowie Abs. 6 und 7</p>	<p>⁶ (neu) Die negativen aufgelaufenen Zinsen nach Absatz 3 Buchstabe b werden von den Kantonen getragen.</p> <p>⁷ (neu) Ist die Liquidität des Fonds de Roulement nicht mehr sichergestellt, so können Investitionskredite und die Rückzahlungsfristen gekürzt werden. Das BLW, in enger Abstimmung mit den Kantonen, legt fest um welchen Anteil die Investitionskredite gekürzt werden. Es kann die maximalen Ansätze und Fristen um höchstens ein Drittel kürzen.</p> <p>⁸ (neu) Vor der Einführung neuer Finanzhilfen oder Erhöhung der Sätze oder Obergrenzen werden die Auswirkungen auf die Liquidität des Fonds überprüft.</p>	<p>Die aufgelaufenen positiven Zinsen sind als Schuld des Kantons gegenüber dem Bund auszuweisen. Neu sollen die negativen Zinsen durch den Kanton getragen werden. Dies führt zu einer Ungleichbehandlung, welche abgelehnt wird. Die Kantone sind bestrebt, keine negativen Zinsen zu generieren. Trotz seriöser Bewirtschaftung können sich aber je nach Zinsumfeld und übergeordneter Vorgaben in Ausnahmefällen negative Zinsen ergeben.</p> <p>Abs. 7: Wird unterstützt, mit der entsprechenden Ergänzung</p> <p>Wir fordern, dass das BLW, vor der Einführung neuer Finanzhilfen oder Erhöhung der Sätze oder Obergrenzen die Auswirkungen auf die Liquidität des Fonds überprüft</p>
<p>Art. 72 Rückforderung und Neuzuteilung von Bundesmitteln. Abs. 1 und 2</p>	<p>Wird unterstützt</p>	<p>Die vorgesehene Bestimmung ermöglichte es, die Mittel auf Kantonsebene effizienter verteilen zu können. Dabei ist eine enge Abstimmung mit den Kantonen erforderlich.</p>
<p>Let. k, Ch. 3.2.2, Annexe 6</p>	<p>Les variétés robustes font l'objet d'un encouragement jusqu'à la fin 2034 2040.</p>	<p>Nous proposons de prolonger l'encouragement à la plantation de variétés robustes jusqu'à fin 2040, afin d'aligner ce</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		<p>dispositif avec l'échéance de soutien pour l'arrachage temporaire de vignes.</p> <p>Cette extension permettrait de couvrir la période qui suit l'arrachage temporairement incité jusqu'à fin 2027, période durant laquelle toute replantation est interdite pendant dix ans. Ainsi, les viticulteurs qui replanteront leurs parcelles à partir de 2036 pourraient encore bénéficier d'un soutien ciblé pour l'introduction de cépages robustes, garantissant une transition cohérente vers une diminution de la pollution aux produits phytosanitaires.</p>

BR 03 Verordnung über die sozialen Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft / Ordonnance sur les mesures d'accompagnement social dans l'agriculture / Ordinanza concernente le misure sociali collaterali nell'agricoltura (914.11)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Die vorgesehenen Massnahmen, insbesondere die Aufteilung zwischen den Kantonen, werden aufgrund der angespannten Liquidität im Fonds-de-Roulement IK begrüsst und ermöglichen kurzfristig eine bessere Verteilung der Bundesmittel resp. die Verbesserung der Liquidität im Fonds-de-Roulement IK auf Stufe Kanton.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 14 Rückzahlung Abs. 1	1 Darlehen sind spätestens 20 Jahre, Darlehen bei Betriebsaufgabe spätestens 10 Jahre nach der Schlusszahlung zurückzuzahlen. Die Frist beginnt nach der ersten Teilzahlung.	Diese Massnahme führt zu einer erhöhten finanziellen Belastung der Bauernfamilien und erschwert die Finanzierung von Projekten. Es ist deshalb nötig, dass Aufschübe resp. eine gewisse Flexibilität bei der Rückzahlung innerhalb der maximalen Fristen ermöglicht werden, damit sinnvolle Projekte umgesetzt werden können. Aufgrund der aktuellen Liquiditätslage ist die Anpassung jedoch im Rahmen der Kreditbewirtschaftung sinnvoll.
Art. 17 Verwaltung der Bundesmittel Abs. 2 Einleitungssatz, 4 und 5	2 Er meldet dem BLW über das Informationssystem nach Artikel 17 der Verordnung vom 23. Oktober 2013 über Informationssysteme und digitale Dienste in der Land- und Ernährungswirtschaft bis zum 10. Januar folgende Bestände des vorangehenden Rechnungsjahres per 31. Dezember mit allen sachdienlichen Unterlagen: 4 (neu) Die negativen aufgelaufenen Zinsen nach Absatz 2 Buchstabe c werden von den Kantonen getragen. 5 (neu) Ist die Liquidität des Fonds de Roulement nicht mehr sichergestellt, so können Betriebshilfen und die Rückzahlungsfristen gekürzt werden. Das BLW, in enger Abstimmung	Abs. 2, 5: Wird unterstützt, mit der entsprechenden Ergänzung Abs. 4 Die aufgelaufenen positiven Zinsen sind als Schuld des Kantons gegenüber dem Bund auszuweisen. Neu sollen die negativen Zinsen durch den Kanton getragen werden. Dies führt zu einer Ungleichbehandlung, welche abgelehnt wird. Die Kantone sind bestrebt, keine negativen Zinsen zu generieren. Trotz seriöser Bewirtschaftung können sich aber je nach Zinsumfeld und übergeordneter Vorgaben in Ausnahmefällen negative Zinsen ergeben.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
	<p>mung mit den Kantonen, legt fest um welchen Anteil die Betriebshilfen gekürzt werden. Es kann die maximalen Ansätze und Fristen um höchstens ein Drittel kürzen.</p> <p>⁶ (neu) Vor der Einführung neuer Finanzhilfen oder Erhöhung der Sätze oder Obergrenzen werden die Auswirkungen auf die Liquidität des Fonds überprüft.</p>	<p>Wir fordern, dass das BLW, vor der Einführung neuer Finanzhilfen oder Erhöhung der Sätze oder Obergrenzen die Auswirkungen auf die Liquidität des Fonds überprüft</p>
Art. 18 Rückforderung und Neuzuteilung von Bundesmitteln	Wird unterstützt	Die vorgesehene Bestimmung ermöglichte es, die Mittel auf Kantonsebene effizienter verteilen zu können. Dabei ist eine enge Abstimmung mit den Kantonen erforderlich

BR 04 Verordnung über die Beurteilung der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft / Ordonnance sur l'évaluation de la durabilité de l'agriculture / Ordinanza concernente l'analisi della sostenibilità in agricoltura (918.118)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Der vorgesehene Einbezug der juristischen Personen ist nachvollziehbar und unbestritten. Hingegen verfehlt die vorgeschlagene Neudefinition der Einkommensmethodik aus Artikel 5 des LwG den Zweck und führt zu einer Verzerrung des Einkommensvergleichs.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 4, Abs. 3	³ (neu) Für die Beurteilung, ob Betriebe nachhaltig wirtschaftend und ökonomisch leistungsfähig nach Artikel 5 Absatz 1 LwG sind, wird als Vergleichsgrösse der Median des landwirtschaftliche Arbeitsverdienstes des 3. Quartils verwendet.	Die Verwendung des 3. Quartils als Referenzwert verfälscht den Vergleich mit anderen Wirtschaftssektoren. Durch die Berücksichtigung des 3. Quartils wird die Einkommenssituation der Landwirtschaft überbewertet, was zu einer Verzerrung der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit führen kann. Der Median muss als Referenzwert für die Beurteilung, ob die Betriebe die Kriterien der Nachhaltigkeit und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Sinne von Art. 5 Abs. 1 LwG erfüllen, dienen.

BR 05 Landwirtschaftliche Begriffsverordnung / Ordonnance sur la terminologie agricole / Ordinanza sulla terminologia agricola (916.91)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Die vorgeschlagenen Präzisierungen werden unterstützt.

L'élément principal consiste en la suppression de l'art. 6, al. 2, let. c. Celle-ci vise à clarifier qu'une unité de production peut exister indépendamment de toute unité d'élevage. Cette clarification est compréhensible et permet de lever une ambiguïté qui pouvait laisser entendre qu'une unité de production devait nécessairement comprendre une ou plusieurs unités d'élevage. Cette modification n'a pas d'impact direct sur la surveillance des exploitations détenant des animaux, dans la mesure où la définition de l'unité d'élevage demeure fixée à l'art. 11 de l'ordonnance. Il convient toutefois de relever que la définition actuelle de l'unité d'élevage à l'art. 11 repose principalement sur des critères structurels (bâtiments et installations destinés à la détention d'animaux et distance maximale entre installations). Dans la pratique vétérinaire, notamment en matière de biosécurité, de gestion des foyers d'épizooties et de traçabilité des animaux, la délimitation des unités de détention peut s'avérer plus complexe que ne le suggère cette approche. En particulier, certaines situations d'exploitation (p. ex. détention d'animaux sur plusieurs sites, utilisation d'infrastructures partagées, organisation des flux d'animaux entre différentes installations) peuvent poser des questions quant à la délimitation des unités épidémiologiques. Dans cette perspective, il pourrait être opportun, à terme, d'examiner si la définition de l'unité d'élevage à l'art. 11 peut être précisée ou complétée afin de mieux refléter les enjeux liés à la lutte contre les épizooties, tout en restant compatible avec les besoins de la politique agricole.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe c	Aufhebung wird unterstützt	Klärung einer Situation
Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe j und Absatz 3	Einführung wird unterstützt Antrag: c. die vorwiegend genutzt werden zur:	Es muss verhindert werden, dass Hecken ohne Krautsaum, welche bisher nicht beitragsberechtigt sind, zu Beiträgen angemeldet werden. Dies unter dem Vorwand, dass sie einzelne Haselsträucher enthalten, deren Früchte gegessen werden können, oder dass sie dem Vieh in den angrenzenden Weiden im Sommer Schatten spenden. Die Einführung von Nutzgehölzen wird grundsätzlich begrüsst, jedoch muss eine klare Abgrenzung zu schutzwürdigen Hecken gewährleistet sein. Dazu ist eine Abstimmung mit den nationalen Gesetzen und Verordnungen in den Bereichen NHG und JSG erforderlich. Ein Lösungsansatz könnte sein, dass die neue Regelung nur für neu angepflanzte Nutzgehölze, die als solche deklariert werden, eingeführt wird. Weitere Vorgaben zur klaren Abgrenzung zu schutzwürdigen Hecken sind unter Einbezug des BAFU festzulegen. Damit kann verhindert werden, dass bestehende Gehölze (Hecken, Feldgehölze), die gemäss NHG, JSG oder kantonaler Bestimmungen geschützt sind, durch

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		<p>die Nutzung beeinträchtigt oder zerstört werden. Zudem braucht es klare Rahmenbedingungen für die Nutzung, so dass keine Jungtiere und Vogelbruten verletzt oder getötet werden.</p>

BR 06 Verordnung über die Beiträge zur Verbilligung der Prämien von Ernterversicherungen / Ordonnance sur les contributions à la réduction des primes des assurances récoltes / Ordinanza concernente i contributi per la riduzione dei premi delle assicurazioni per il raccolto (SR 918.1)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Grundsätzliche Zustimmung mit Ergänzung Epizootien.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art 2	¹ La contribution est octroyée dans le cadre des crédits autorisés pour la partie d'une assurance récolte qui assure les rendements des cultures contre les risques liés à la sécheresse, et au gel <u>et aux épizooties</u> .	Suisse Grêle a par exemple étendu sa couverture d'assurance à 15 épizooties.
	² Elle s'élève à 30 % des primes annuelles fixées dans la police d'assurance pour les pertes de rendement dues à la sécheresse, et au gel <u>et aux épizooties</u> .	
Art 3	La contribution est octroyée si, l'année précédant l'année de contributions, l'exploitant a respecté les dispositions des art. 3 à 7 et 10 à 34 de l'ordonnance du 23 octobre 2013 sur les paiements directs et si les surfaces <u>ou les bêtes</u> assurées sont situées sur le territoire suisse.	
Art 7, al 4, let d, chiffre 7 (nouveau)	le nombre d'UGB assurés.	
Art 8, al 2, let b, chiffre 2	pour la partie de l'assurance donnant droit à une réduction des primes, et pour chaque culture, la surface utile, <u>les UGB</u> et le montant de la réduction des primes octroyée,	

BR 08 Weinverordnung / Ordonnance sur le vin / Ordinanza sul vino (916.140)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Generell ist der Wunsch nach einer Verringerung der administrativen Belastung zu begrüssen. Der Weinsektor ist jedoch aus administrativer Sicht äusserst komplex. Die kantonalen Rechtsvorschriften und Informationssysteme sind ebenfalls relativ schwerfällig, insbesondere für Winzer, die in zwei Kantonen tätig sind. Die neue Toleranzgrenze von 40 hl ist für die Mehrheit der Winzer und Kellermeister noch immer unzureichend, daher muss diese Grenze auf 100 hl angehoben werden. Darüber hinaus müssen in Zusammenarbeit mit den Kantonen, dem Dachverband und den Branchenverbänden grundlegende Überlegungen angestellt werden, um echte administrative Vereinfachungen zu erreichen.

Nous saluons la mise en consultation de la modification de l'Ordonnance sur le vin permettant d'attribuer les parts du contingent tarifaire pour l'importation de vin en fonction de la prestation indigène. Nous souhaitons que les vigneron·nes qui encavent leur propre vendange puissent également bénéficier de parts de contingent. Nous demandons que les modifications législatives permettant d'intégrer ce secteur important de la production viticole soit étudiées par l'OFAG et que les adaptations législatives nécessaires soient effectuées dès que possible. **Si cela n'est pas possible, il convient de renoncer à cette mesure.**

Nous souhaitons que le contingent d'importation soit attribué en fonction de la prestation en faveur de la production suisse dès l'année 2027. A ce titre, l'entrée en vigueur de cette ordonnance doit être avancée au 1^{er} septembre. De plus, décaler d'une année la mise en œuvre et l'entrée en vigueur de la modification de l'Ordonnance risquerait de retarder les effets attendus par cette modification. Les importateurs auraient tout loisir de « faire des réserves » en 2027 dans le système actuel.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 35, Abs. 3	³ Betriebe, die ihre eigenen Trauben verarbeiten, ausschliesslich ihre eigenen Produkte verkaufen und jährlich nicht mehr als 40 100 hl aus demselben Produktionsgebiet zukaufen, werden in der Regel in eine tiefe Risikokategorie eingeteilt.	Um effizient mit Risikokategorien arbeiten zu können, müssen die Volumen jeder Kategorie abgestimmt sein. Bei einer Begrenzung auf 40 hl würde nur eine kleine Minderheit in die Kategorie mit geringem Risiko fallen, weshalb diese Grenze auf 100 hl angehoben werden muss.
Art. 45 Attribution des parts de contingent tarifaire	2 Par prestation en faveur de la production suisse, on entend l'achat et le pressurage de raisin destiné à la vinification durant la période de référence ; la quantité est établie d'après la fiche de cave visée à l'art. 30a.	Nous aurions souhaité que les vigneron·nes qui encavent leur propre vendange puissent également bénéficier de parts de contingent. Nous demandons que les modifications législatives permettant d'intégrer ce secteur important de la production viticole soit étudiées par l'OFAG et que les adaptations

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		législatives nécessaires soient effectuées dès que possible.
II alinéa 1	La présente ordonnance entre en vigueur le 1er septembre 2026 , sous réserve l'al. 2.	La consultation porte sur 2 articles seulement. Nous considérons donc que l'entrée en vigueur de cette modification peut être avancée de manière à permettre une entrée en vigueur de l'alinéa 2 au 1 ^{er} janvier 2027, conformément aux promesses qui avaient été faites à la branche.
II alinéa 2	La présente ordonnance entre en vigueur le 1 ^{er} janvier 2027 .	<p>Les données permettant d'attribuer les parts de contingents seront connues en avril 2026 déjà, puisque ces données se réfèrent aux données de la vendange 2025.</p> <p>Une entrée en vigueur au 1^{er} janvier 2028 risquerait d'inciter les importateurs à importer des volumes plus importants en 2027, augmentant encore la pression des vins étrangers sur les vins suisses et retardant ainsi les effets attendus de cette modification.</p> <p>Pour éviter cet effet, il est essentiel que l'entrée en vigueur de l'alinéa 2 ne soit pas trop décalée par rapport à l'entrée en vigueur de l'alinéa 1.</p>

BR 09 Bio-Verordnung / Ordonnance sur l'agriculture biologique / Ordinanza sull'agricoltura biologica (910.18)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Les adaptations proposées à l'art. 14 sont saluées du point de vue de la politique publique vétérinaire. En particulier, l'abrogation de l'al. 2 permet de supprimer une ambiguïté qui pouvait laisser entendre que, dans le cadre de l'apiculture biologique, l'utilisation de certaines substances serait possible indépendamment du cadre applicable aux médicaments vétérinaires. La suppression de cette disposition clarifie que les traitements administrés aux colonies d'abeilles doivent respecter les règles générales relatives à l'autorisation et à l'utilisation des médicaments vétérinaires. Cette modification renforce ainsi la cohérence entre la réglementation relative à l'agriculture biologique et la législation applicable en matière de médicaments vétérinaires. Par ailleurs, la précision introduite à l'al. 1 concernant l'application des dispositions de l'ordonnance sur les épizooties en cas de maladie des colonies contribue également à clarifier la primauté de la législation vétérinaire en matière de santé des abeilles. Dans l'ensemble, ces adaptations améliorent la sécurité juridique et la cohérence entre les différentes réglementations applicables à la santé animale et à l'apiculture biologique.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

BR 11 Verordnung über Informationssysteme im Bereich der Landwirtschaft / Ordonnance sur les systèmes d'information dans le domaine de l'agriculture / Ordinanza sui sistemi d'informazione nel campo dell'agricoltura (919.117.71)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Die vorgeschlagenen Anpassungen werden unterstützt. Sie dienen der administrativen Vereinfachung und tragen der Motion Kolly Rechnung. Die Verwendung der BUR-Nummer als eindeutiger Schlüssel macht Sinn. Sie ist nebst anderen vorgeschlagenen Anpassungen ein Schritt in Richtung once-only-Prinzip. Dem Datenschutz und die Datenhoheit der Bewirtschaftenden werden bei den vorgeschlagenen Anpassungen Beachtung geschenkt. Die Bemerkung zum erläuternden Bericht muss unbedingt beachtet werden.

Du point de vue de la politique publique vétérinaire, les systèmes d'information dans le domaine de l'agriculture constituent une infrastructure essentielle pour l'exécution des tâches liées à la santé animale, à la traçabilité des animaux et, de manière plus générale à la surveillance des exploitations en matière de production de denrées alimentaires. Les autorités vétérinaires utilisent en effet, plusieurs systèmes d'information reposant sur les données agricoles ou interconnectés avec celles-ci, notamment la BDTA, le système ASAN, ainsi que différents systèmes utilisés dans l'exécution et les contrôles officiels tels qu'ARES, Fleko ou Acontrol. Dans ce contexte, les adaptations proposées dans la révision de l'ordonnance sur les systèmes d'information dans le domaine de l'agriculture vont globalement dans le sens d'un renforcement de l'infrastructure numérique et d'une meilleure interopérabilité entre les différents systèmes d'information. La mise en œuvre de la stratégie numérique pour l'agriculture et le secteur agroalimentaire vise notamment à faciliter l'échange et la réutilisation des données entre différents systèmes selon le principe « once only », qui veut les données soient saisies une seule fois puis réutilisées pour différents processus administratifs. Cette approche peut contribuer à améliorer la cohérence et la disponibilité des informations utilisées par les autorités d'exécution tout en réduisant la charge administrative des exploitations.

Du point de vue vétérinaire, ces évolutions sont en principe positives dans la mesure où elles peuvent renforcer la qualité des données disponibles, ainsi que la coordination entre les autorités agricoles et vétérinaires. L'introduction de services numériques permettant le couplage et la transmission automatisée de données entre différents systèmes d'information constitue à cet égard une évolution importante, notamment pour faciliter l'accès aux données nécessaires à l'exécution des tâches légales. Il est toutefois important de veiller à ce que ces développements garantissent une interopérabilité complète avec les systèmes vétérinaires existants, en particulier la BDTA et ASAN.

La révision prévoit également une utilisation accrue du numéro du registre des entreprises et des établissements (REE) comme identifiant unique des unités locales dans l'agriculture et le secteur agroalimentaire. L'introduction d'un identifiant unique pour les sites de production peut contribuer à améliorer la cohérence des données entre les différents systèmes administratifs et à faciliter l'échange d'informations entre autorités. Du point de vue vétérinaire, il est toutefois essentiel que cette évolution reste compatible avec les identifiants déjà utilisés dans les systèmes de traçabilité animale et qu'une correspondance claire entre ces identifiants soit garantie afin d'assurer la continuité de la traçabilité des unités d'élevage. Il est en outre important que l'identifiant définisse une unité épidémiologique.

Enfin, dans le contexte du développement des échanges automatisés de données et de la réutilisation des informations dans différents systèmes, il convient de veiller à ce que la qualité, l'actualité et la traçabilité des données soient garanties. Ces éléments sont particulièrement importants pour les autorités vétérinaires, notamment dans les situations où les données relatives aux exploitations ou aux détenteurs d'animaux doivent être utilisées pour la gestion d'un foyer d'épizootie, la mise en œuvre de mesures sanitaires ou l'organisation de contrôles officiels. Dans ces situations, la disponibilité de données fiables et actualisées constitue une condition essentielle pour permettre une réaction rapide et efficace des autorités compétentes.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)		Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 1 Abs. 4 und 5	Wird unterstützt	<p>Die Verwendung der BUR-Nummer für den Datenaustausch bringt eine administrative Vereinfachung</p> <p>La disposition introduit l'utilisation du numéro du registre des entreprises et des établissements (REE) comme identifiant unique pour les sites de production. Cette stratégie repose notamment sur le principe dit « once only », selon lequel les données doivent être saisies une seule fois puis réutilisées dans différents systèmes d'information.</p> <p>Cette approche peut contribuer à améliorer la cohérence des données et à réduire la charge administrative pour les exploitations et les autorités. Toutefois, lorsque les données saisies dans un système sont réutilisées automatiquement dans plusieurs autres systèmes, il est particulièrement important de garantir l'exactitude des données sources ainsi que la possibilité de corriger rapidement d'éventuelles erreurs.</p> <p>Dans le domaine de la santé animale, certaines données relatives aux sites de détention d'animaux peuvent être utilisées dans plusieurs systèmes d'information, notamment pour la traçabilité des animaux ou la gestion d'un foyer d'épizootie. Dans ce contexte, une erreur dans la donnée source peut se répercuter simultanément dans plusieurs systèmes et compliquer la gestion des mesures sanitaires.</p> <p>Il est donc essentiel que les mécanismes de gestion des données prévoient des procédures claires pour la correction des données erronées ainsi que la traçabilité des modifications apportées aux données.</p>	
Art. 5 Bst. i	Wird unterstützt	Die Verwendung der Daten in Krisensituationen ist zwingend und muss möglich sein.	
Artikel 15 Absatz 4	Wird unterstützt	Administrative Vereinfachung	
Art. 20	Wird unterstützt	Der Zugang auf öffentlich-rechtliche Systeme und auf digitale Dienste ist ein Schritt in Richtung once-only-Prinzip und bringt eine administrative Vereinfachung.	
Artikel 28a	Wird unterstützt	Der Zugang ermöglicht eine administrative Vereinfachung.	

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)		Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		La possibilità d'utiliser des services numériques comme alternative aux systèmes existants pour le transfert de certaines données constitue une évolution cohérente avec la stratégie numérique pour l'agriculture. Il est toutefois important que ces développements restent pleinement compatibles avec les systèmes utilisés dans l'exécution vétérinaire, notamment ARES ou ASAN, afin de garantir la continuité des flux de données nécessaires aux contrôles officiels et à la gestion de la chaîne agroalimentaire.	
Artikel 28b	Wird unterstützt	Garantiert den Datenschutz	
Artikel 28c	Wird unterstützt	Garantiert den Datenschutz und ermöglicht eine administrative Vereinfachung.	
Artikel 28d	Wird unterstützt	<p>Ermöglicht eine administrative Vereinfachung.</p> <p>La révision prévoit que les données issues des systèmes d'information agricoles puissent être mises à disposition d'autres services ou applications numériques, notamment dans le cadre du développement de services numériques et de l'interopérabilité entre systèmes. Cette évolution vise à faciliter l'utilisation et la réutilisation des données dans le secteur agricole et agroalimentaire et à soutenir la transition numérique.</p> <p>Du point de vue de la politique publique vétérinaire, l'amélioration de l'échange de données peut contribuer à une meilleure coordination entre les différents acteurs du secteur agricole et à une utilisation plus efficace des informations disponibles.</p> <p>Il est toutefois important que la transmission de données à des tiers respecte des principes clairs en matière de protection des données et de gouvernance des informations. Lorsque les données concernent des exploitations agricoles, des détenteurs d'animaux ou des informations utilisées dans le cadre de la surveillance sanitaire, il convient de garantir que leur transmission et leur utilisation restent conformes aux bases légales applicables et qu'un contrôle approprié des accès aux données soit assuré.</p> <p>Ces éléments sont particulièrement importants pour les autorités vétérinaires, dans la mesure où certaines données agricoles peuvent être utilisées dans le cadre de la surveillance sanitaire, de la gestion des épizooties ou de l'exécution des contrôles officiels.</p>	

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)		Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
<p>Erläuternder Bericht, S 24 unter 1.4</p> <p>...Für den Abgleich können auch die Daten aus dem IS NSM genutzt werden. Diese Überprüfung ist freiwillig und hat keine automatische Veränderung des Bilanzergebnisses oder der Bilanzdaten zur Folge...</p>	<p>...Für den Abgleich können auch die Daten aus dem IS NSM genutzt werden. Diese Überprüfung ist zwingendfreiwillig und hat keine automatische Veränderung des Bilanzergebnisses oder der Bilanzdaten zur Folge...</p>	<p>Ohne zwingende Validierung der Daten aus dem IS NSM mit den offiziellen Daten wird die Kontrolle der Bilanz massiv erschwert. Nur durch die Validierung kann einfach aufgezeigt werden, wo Abweichungen zu den offiziellen Daten bestehen. Andernfalls müssen alle Daten wie bisher überprüft werden. Zudem ist so nicht mehr klar, welches die massgebenden Daten sind und wie mit Differenzen aus den verschiedenen Datenquellen umgegangen werden soll.</p>	
<p>Annexe 1 – Données relatives aux équidés</p>		<p>Pas de remarques</p>	<p>La modification prévoit que le numéro de portail remplace le numéro Agate pour l'identification des personnes concernées dans les données relatives aux équidés, notamment lors d'un changement de propriétaire ou lors de l'identification d'un animal.</p> <p>A cet effet, il est important que les systèmes d'information permettent de distinguer clairement la notion de propriétaire de celle de détenteur effectif de l'animal, cette distinction pouvant être déterminante pour la mise en œuvre des mesures sanitaires ou des restrictions de mouvement en cas d'épizootie.</p>

BLW 01 VEAGOG-Freigabeverordnung / Ordonnance sur l'autorisation des importations relative à l'OIELFP / Ordinanza sulla liberazione secondo l'OIEVFF (916.121.100)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Keine Bemerkung

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

